

FDP Bad Vilbel

FDP MÖCHTE FAKTEN ÜBER DIE AUSSCHREIBUNGS- UND AUSWAHLVERFAHREN FÜR DEN NEUEN REFERENTEN DER HAUPTAMTLICHEN SOZIALDEZERNENTIN

10.11.2021

Mit fünf sehr konkreten Fragen möchte die Fraktion der FDP in der Stadtverordnetenversammlung von dem zuständigen Personaldezernenten CDU-Bürgermeister Dr. Thomas Stöhr wissen, wie das Ausschreibungsverfahren für die neue Stelle des persönlichen Referenten der neuen Hauptamtlichen Sozialdezernentin der SPD und danach die Auswahlkriterien bearbeitet wurden. Der FDP Fraktionsvorsitzenden Erich Schleßmann erinnerte daran, dass nunmehr öffentlich bekannt wurde, der bisherige Kollege Fraktionschef der SPD Christian Kühl würde diese Stelle des Referenten erhalten. "Wir möchten deshalb wissen, wo und in welchen Medien diese Stelle konkret ausgeschrieben wurde. Nur dann können wir beurteilen, ob jeder mögliche Bewerber die Chance der Bewerbung überhaupt hatte,' so der FDP Fraktionschef zur Begründung der Anfrage.

Weiterhin wollen die Freien Demokraten wissen, wie viele Bewerbungen eingegangen sind und inwiefern eine Vorsichtung der Bewerbungen auf Grund welcher Qualifikationsrunden- bzw. Selektionskriterien vorgenommen wurde. "Welche besondere Verfahren (z.B. Auswahlgespräch, Aufgabensimulation, Assessment) bzw. Sichtungen (z.B. Bewerbungsunterlagen, beruflicher Werdegang, Ausbildungszentrum-, Arbeits- und Dienstzeugnisse) waren neben dem öffentlich angeführten Hospitationstag mit der Sozialdezernentin die Auswahl gewichtende Teile des Bewerbungsverfahrens," ist die rechtlich und auch politisch zentrale Frage der FDP.

Abschließend möchte man wissen, wer persönlich an dem Auswahlverfahren beteiligt war. Für den Fraktionschef Erich Schleßmann sind die Antworten der Schlüssel für die



abschließende politische Bewertung. "Wir wissen, dass die SPD als Preis für den Gang in die Koalition mit der CDU das Amt der Sozialdezernentin haben wollte, natürlich bezahlt. Freie Demokraten haben 10 Jahre diese Arbeit ohne jede öffentliche Kritik geleistet, aber Ehrenamtlich! Also ohne zusätzliche Kosten für die Bürger. Wurde jetzt auch noch parteipolitisch bei der ebenfalls neuen Stelle des Referenten entschieden," so die Befürchtung der FDP.